

Beschluss des Landrats vom 19.11.2020

Nr. 641

19. Medikamenten-Lieferengpässe («drug shortage») Kanton Basel-Landschaft 2020/32; Protokoll: pw

Christina Jeanneret-Gris (FDP) gibt eine kurze Erklärung ab und dankt für die Antwort zur Interpellation, die am 16. Januar 2020 eingereicht wurde. Die Interpellationsantwort ist regelrecht von der Pandemiewelle eingeholt und überholt worden. Die Pandemie zeigt, wie wichtig die Interpellation war – quasi eine «self-fulfilling prophecy». Der Regierungsrat ist wie auch alle anderen von den Ereignissen der vergangenen Monate überrumpelt worden. Die Antwort ist deshalb eine Momentaufnahme, die heute wahrscheinlich anders lauten würde. Die Medikamentenliste des Bundesamts für Gesundheit (BAG), die als Drugshortage-Liste beigelegt wurde, enthält die wichtigsten Medikamente nicht, die aktuell und während der letzten Pandemiewelle zu wenig vorhanden sind und waren. Dies sind beispielsweise Seditativa, die man bei der Beatmung der Patienten gebraucht hätte, Entzündungshemmer, Schmerzmittel oder das ältere antivirale Medikament, mit dem man versucht, den Covid-Verlauf zu verbessern. Mit anderen Worten: Es ist nicht bekannt, welche Medikamente zu welchem Zeitpunkt im Kanton fehlen. Andererseits sind die Lösungsvorschläge, dass beispielsweise die Spitalapotheke Vorräte anlegen und bewirtschaften sollte, nicht durchführbar. Die Spitalapotheke des KSBL darf keine Medikamente verkaufen und kann die durch den Bund kontingentierten Medikamente überhaupt nicht beschaffen. Denn diese Medikamente werden zugeteilt. Der andere Vorschlag, dass die Apotheken selber Medikamente herstellen sollen, ist ebenfalls nicht durchführbar. Die Zeiten sind vorbei, als man aus Weidenrinde Aspirin herstellte. Zudem sind die Wirkstoffe nicht erhältlich und die Infrastruktur für die Medikamentenherstellung ist nicht vorhanden. Zusammengefasst: Die Diagnose stimmt ebenso wenig wie die Therapie. Dies ist aber nicht der Fehler des Regierungsrats, sondern hängt mit dem globalen Medikamentenmarkt und mit der aktuellen Pandemiesituation zusammen.

Christina Jeanneret-Gris schlägt vor, beim Kanton, beispielsweise bei der Kantonsapothekerin, eine Meldestelle für kritische Medikamente einzurichten. Der Kanton selber benötigt kein zentrales Lager zur Beschaffung von fehlenden Medikamenten, da der Bund bereits eines hat. Der Kanton bräuchte aber eine Art Fürsprecher, der die Bedürfnisse der Baselbieter Ärztinnen und Ärzte, Spitäler und Apotheken dort anmeldet. Es macht keinen Sinn, dass jede und jeder seine Medikamente selber beim Bund bestellt. Die Schwierigkeit wird künftig sein, Medikamentenengpässe frühzeitig zu erkennen, zu melden und dann die richtige Menge zu beschaffen. Dafür ist es wichtig, nicht nur die Hersteller und Importeure mit ins Boot zu holen, sondern auch die Verbraucher. Wie gesagt, es handelt sich um ein globales, wirtschaftliches Problem, das nicht allein auf Kantonsebene gelöst werden kann, zu dessen Lösung der Kanton aber eine Hilfestellung geben könnte.

://: Die Interpellation ist erledigt.
